

Berlin, 25. November 2020

Ausführungen von Michael Roth, Staatsminister für Europa, im Namen des Rates auf der
Plenartagung November II des Europäischen Parlaments

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Europäischen Parlaments,

Ich danke Ihnen für die Einladung zu dieser Aussprache, die genau zur rechten Zeit kommt. Ich bedauere, dass ich nicht persönlich bei Ihnen auf dieser Plenartagung anwesend sein kann, und ich möchte Präsident Sassoli für diese Gelegenheit danken, mich erneut schriftlich an Sie zu wenden. Ich werde diese Aussprache von Deutschland aus aufmerksam verfolgen.

Dieses Thema liegt so vielen unserer Bürgerinnen und Bürger am Herzen. In ganz Europa blicken LGBTIQ-Personen auf uns. Sie erwarten und fordern, dass wir unser Möglichstes tun, um für den Schutz ihrer Grundrechte zu sorgen. Und sie erwarten dies auch zu Recht.

Alle Bürgerinnen und Bürger unserer Union sind gleich und sollten ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Ausrichtung frei, sicher und ohne Diskriminierung leben können. Dies sind die Grundsätze und Werte, die feierlich in den EU-Verträgen, der Grundrechtecharta und den Rechtsvorschriften der EU verankert sind. Sie stehen nicht zur Disposition. Unser gemeinsames Bekenntnis in Europa zu Anstand, Toleranz und Gleichbehandlung ist das Fundament einer gerechten Gesellschaft. Die Europäerinnen und Europäer sind stolz darauf. Und das zu Recht.

In den letzten Jahren war ein begrüßenswerter Wandel hin zu einem nachdrücklicheren Schutz der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen zu verzeichnen. Aber wir sind noch weit von der vollständigen Akzeptanz und Inklusion entfernt, die LGBTIQ-Personen zusteht. Deshalb müssen wir den eingeschlagenen Weg weiter gehen. Die EU ist trotz all ihrer Unzulänglichkeiten für viele Menschen auf der ganzen Welt ein Zeichen der Hoffnung. Wir müssen dafür sorgen, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen. Das können wir nur tun, indem wir eine Gesellschaft schaffen, in der unsere Bürgerinnen und Bürger frei sind, sie selbst zu sein, und die gleichen Chancen auf uneingeschränkte Teilhabe und Wohlergehen in unserer Gesellschaft genießen.

Vor diesem Hintergrund hat die Kommission ihre allererste Strategie im Bereich der Gleichstellung von LGBTIQ-Personen vorgestellt, wie es Präsidentin von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union versprochen hatte. Für mich ist diese Initiative ein wichtiger Schritt zur Bewältigung der Ungleichheiten und Herausforderungen, unter denen so viele LGBTIQ-Personen in unserer Union leiden.

Der Rat hat diese wichtige Strategie bereits auf die Tagesordnung der Gruppe „Sozialfragen“ gesetzt. In der Sitzung vom 23. November wurden die Delegationen von der Agentur für Grundrechte über die Lage vor Ort und über die Folgen der COVID-19-Pandemie für die Gemeinschaften der Lesben, Schwulen, bi-, trans- und intersexuellen und queeren Personen informiert.

So traurig es ist, LGBTIQ-Personen werden in Europa immer noch diskriminiert. Laut den Forschungsergebnissen der Agentur für Grundrechte fühlen sich 43% der LGBTIQ-Personen diskriminiert. Alle Menschen in Europa haben das Recht, gleich behandelt zu werden, und es ist unsere Aufgabe, für Gleichstellung zu sorgen. Deshalb kommt die Kommissionsinitiative gerade zur rechten Zeit.

Der deutsche Vorsitz misst diesem Thema große Bedeutung bei. Auf unserer jüngsten Konferenz zum Thema Intersektionalität und LGBTI-Politik in Europa wurde auf die Notwendigkeit einer stärkeren Inklusion hingewiesen.

Im Vordergrund der Veranstaltung standen die Lebensrealitäten lesbischer Frauen und die Akzeptanz von Regenbogenfamilien in Europa. Leider bedeutet Gleichstellung auf dem Papier nicht immer Gleichstellung in der Praxis. Beispielsweise können Regenbogenfamilien, wie unter anderem verheiratete lesbische Paare und deren Kinder, auf große Hindernisse treffen, wenn sie ihr Recht auf Freizügigkeit in der Union wahrnehmen möchten.

Mit dieser Konferenz wollten wir auch auf die Probleme aufmerksam machen, die durch Mehrfachdiskriminierung und aus Gründen der Intersektionalität entstehen – Probleme, die sich beispielsweise auf das Leben älterer lesbischer Frauen und lesbischer Frauen mit Migrationshintergrund negativ auswirken. Wir müssen Frauen in all ihrer Vielfalt unterstützen und der Stigmatisierung endgültig Einhalt gebieten.

Sehr geehrte Abgeordnete,

Die Förderung der Gleichbehandlung ist eine gemeinsame Anstrengung, zu der wir alle einen Beitrag leisten müssen. Wir begrüßen und würdigen, dass das Europäische Parlament diesem Thema besondere Aufmerksamkeit widmet, einschließlich der Entschließung, in der Sie eine Strategie zur Förderung der Gleichstellung von LGBTIQ-Personen gefordert haben.

Die Kommissionsstrategie wird uns den Weg weisen in unserem Kampf gegen Diskriminierung, bei unseren Bemühungen, die Sicherheit und die Rechte von Regenbogenfamilien zu schützen, und bei unseren gemeinsamen Anstrengungen zur Förderung der Gleichstellung von LGBTIQ-Personen weltweit.

Dies ist ein Neubeginn und ein neuerliches Versprechen, für eine stärkere Gleichstellung der europäischen Bürgerinnen und Bürger und Familien zu sorgen. Lassen Sie uns diese Arbeit gemeinsam fortsetzen, um auf die Bedürfnisse der Lesben, Schwulen, bi-, trans- und intersexuellen und queeren Personen einzugehen und ihre Lage zu verbessern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.